**Gesetz
betreffend die Änderung der Verordnung über den
Strafprozess
(Strafprozessordnung)**

vom ¹

Der Landrat von Nidwalden,
gestützt auf Art. 60 und 67a der Kantonsverfassung,
beschliesst:

I.

Die Verordnung vom 11. Januar 1989 über den Strafprozess (Strafprozessordnung)² wird wie folgt geändert:

§ 6 4. Jugendanwaltschaft

¹ Die Jugendanwaltschaft führt die Strafuntersuchung gegen Jugendliche; sie kann den Polizeiorganen jederzeit Weisungen erteilen, bestimmte polizeiliche Ermittlungen durchzuführen.

² Sie kann für die sich in Untersuchungshaft befindlichen Jugendlichen Weisungen erteilen.

§ 6a Befugnis zur Strafbefreiung

Die Anordnung der Strafbefreiung nach den Art. 52-54 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB)³ und nach Art. 21 des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003 über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz, JStG)⁴ obliegt denjenigen Untersuchungs- und Gerichtsinstanzen, bei denen das Verfahren hängig ist.

§ 9 Opportunitätsprinzip

¹ Die Untersuchungs- und Gerichtsinstanzen sehen von der Strafverfolgung ab, wenn das Bundesrecht es vorsieht.

² Sofern nicht überwiegende Interessen der Strafklägerin oder des Strafklägers entgegenstehen, kann sie ausserdem von einer Strafverfolgung absehen, wenn:

1. der Straftat neben den anderen der beschuldigten Person zur Last gelegten Taten für die Festsetzung der zu erwartenden Strafe oder Massnahme keine wesentliche Bedeutung zukommt;
2. eine voraussichtlich nicht ins Gewicht fallende Zusatzstrafe zu einer rechtskräftig ausgefallten Strafe auszusprechen wäre;
3. eine im Ausland ausgesprochene Strafe anzurechnen wäre, welche der für die verfolgte Straftat zu erwartenden Strafe entspricht;
4. die Straftat bereits von einer ausländischen Behörde verfolgt oder die Verfolgung an eine solche abgetreten wird.

³ Die Untersuchungs- und Gerichtsinstanzen erlassen in diesen Fällen eine Nichteintretens- oder eine Einstellungsverfügung.

§ 12 Abs. 1 Örtliche Zuständigkeit

¹ Die örtliche Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung der nach kantonalem Recht und Bundesrecht strafbaren Handlungen richtet sich nach den Art. 340 – 345 StGB³ und nach Art. 38 JStG⁴.

² Bei Gerichtsstandskonflikten mit andern Kantonen vertritt jene Instanz, bei der das Verfahren hängig ist, den Kanton gegenüber den ausserkantonalen Behörden und vor den Behörden des Bundes.

§ 22 Verfahrensbeteiligte

¹ Verfahrensbeteiligte im Strafverfahren sind:

1. die beschuldigte Person;
2. die Staatsanwältin oder der Staatsanwalt;
3. die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt im gerichtlichen Verfahren;
4. die Strafklägerin oder der Strafkläger und die Zivilklägerin oder der Zivilkläger;
5. Opfer im Sinne des Opferhilfegesetzes⁵ im Rahmen von Art. 8 dieses Bundesgesetzes;
6. der Kanton, soweit er einen Anspruch geltend macht, welcher nach Art. 14 Abs. 2 des Opferhilfegesetzes auf ihn übergegangen ist.

² Unmündige oder entmündigte, jedoch urteilsfähige Verfahrensbeteiligte können ihre Rechte selbstständig oder durch die gesetzliche Vertretung ausüben.

³ Für die adhäsionsweise Geltendmachung von Zivilansprüchen richtet sich die Prozessfähigkeit nach der Zivilprozessordnung⁶.

⁴ Bei der Vernachlässigung von Unterstützungspflichten richtet sich das Antragsrecht im Sinne von Art. 217 Abs. 2 StGB³ nach dem Sozialhilfegesetz⁷.

§ 25 Strafklägerin oder Strafkläger

Strafklägerin oder Strafkläger ist:

1. wer durch die Straftat unmittelbar geschädigt oder gefährdet wurde und eine Strafklage gemäss § 95 einreicht;
2. wer gemäss Art. 30 StGB³ oder nach kantonalem Recht Antrag auf Bestrafung stellt.

§ 28 3. Beurteilung der Zivilklage

¹ Zivilansprüche können adhäsionsweise im Strafverfahren beurteilt werden. Für Zivilansprüche des Opfers im Sinne des Opferhilfegesetzes⁵ gelten die Vorschriften dieses Bundesgesetzes.

² Im Strafbefehlsverfahren und im Verfahren gegen Jugendliche werden die Verfahrensbeteiligten bezüglich bestrittener Forderungen an das Zivilgericht verwiesen.

³ Die geschädigte Person ist an das Zivilgericht zu verweisen, wenn und soweit die Zivilansprüche nicht ausgewiesen sind oder ihre Abklärung das Verfahren wesentlich erschwert oder verlängert; bei Nichteintretens- und Einstellungsverfügungen sowie bei Freispruch wird auf Zivilansprüche nicht eingetreten.

⁴ Die Verhörrichterin oder der Verhörrichter hat einen Vergleich, einen Klageverzicht, einen Klagerückzug oder eine Klageanerkennung betreffend die zivilrechtlichen Ansprüche in den Strafbefehl oder die Einstellungsverfügung aufzunehmen; eine solche Verfügung ist einem gerichtlichen Urteil gleichgestellt.

⁵ Die Kleine Kammer des Kantonsgerichts ist zuständig, Zivilansprüche zu beurteilen, deren Streitwert Fr. 20 000.- nicht übersteigt.

§ 30a 1a. Vertretung des Unternehmens

¹ Im Strafverfahren gegen ein Unternehmen richtet sich die Vertretung und deren Bestellung nach Art. 102a StGB³, wobei die Verhörrichterin oder der Verhörrichter beziehungsweise die oder der Gerichtsvorsitzende nötigenfalls eine geeignete Drittperson mit der Vertretung des Unternehmens bestimmt.

² Deren Vergütung wird von der urteilenden Instanz festgesetzt und vorerst vom Kanton bezahlt; für die Kostenüberbindung sind die Paragraphen 48-52 anwendbar.

§ 31 2. Pflichtverteidigung

¹ Die beschuldigte Person ist durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt zu verbeiständen:

1. wenn die Untersuchungshaft mehr als einen Monat andauert;
2. bei schweren Verbrechen oder schweren Vergehen;
3. in andern Fällen, in denen dies als notwendig erscheint.

² Nach vergeblicher Aufforderung zum Beizug einer privaten Verteidigung ist durch die zuständige Strafverfolgungsinstanz beziehungsweise die Gerichtsvorsitzende oder den Gerichtsvorsitzenden eine Pflichtverteidigung zu bestellen, deren Vergütung von der urteilenden Instanz festgesetzt und vorerst vom Kanton bezahlt wird; für die Kostenüberbindung sind die Paragraphen 48–52 anwendbar.

³ Im Verfahren bei Vergehen gegen die Ehre ist diese Bestimmung nicht anwendbar.

§ 37 Abs. 1 2. Form und Zustellung

¹ Die Vorladungen sind schriftlich zu erlassen und durch die Post oder gegen Empfangsbescheinigung durch die Polizei zuzustellen; in dringenden Fällen kann eine mündliche Vorladung erfolgen.

² Wenn die vorzuladende Person nicht erreichbar ist, wird die Vorladung einer erwachsenen Person ihres Haushaltes mit der Verpflichtung zur Abgabe ausgehändigt.

³ Vorladungen im gerichtlichen Verfahren sind der vorzuladenden Person wenigstens 14 Tage vor dem gesetzten Termin zuzustellen, im Untersuchungsverfahren darf der Einvernahmetermin in der Regel nicht vor dem Ablauf von 48 Stunden nach erfolgtem Empfang der Vorladung angesetzt werden.

§ 49 2. bei Nichteintreten

Erlässt die Verhörerin oder der Verhörer eine Nichteintretensverfügung, trägt der Kanton mit Ausnahme folgender Fälle die amtlichen Kosten:

1. ist eine Strafklägerin oder ein Strafkläger am Verfahren beteiligt, sind sie in der Regel ihr beziehungsweise ihm aufzuerlegen;
2. wenn die Anzeigstellerin oder der Anzeigsteller oder andere Verfahrensbeteiligte absichtlich oder grobfahrlässig unrichtige Angaben gemacht oder durch sonst leichtfertiges oder verwerfliches Verhalten die Ermittlung veranlasst oder erschwert haben, können

- sie ganz oder teilweise der Anzeigstellerin oder dem Anzeigsteller oder andern Verfahrensbeteiligten auferlegt werden;
3. erlässt die Verhörriechterin oder der Verhörriechter bei einem aussergewöhnlichen Todesfall nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens eine Nichteintretensverfügung, können die amtlichen Kosten einem positiven Nachlasssubstrat der verstorbenen Person überbunden werden, wenn diese durch ein rechtswidriges und schuldhaftes Verhalten die Einleitung des Verfahrens bewirkt hat.

§ 50 3. bei Verurteilung

¹ Wird eine Person verurteilt, trägt sie in der Regel die Prozesskosten; einer zurechnungsunfähigen Person können die Prozesskosten nach Ermessen überbunden werden.

² Die Eltern von Unmündigen können für die Kosten solidarisch haftbar erklärt werden, wenn ihnen ein pflichtwidriges Verhalten im Rahmen von Art. 333 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches⁸ zur Last fällt; nach zivilrechtlichen Haftungsgrundsätzen kann im weiteren eine juristische Person oder eine Geschäftsherrin oder ein Geschäftsherr solidarisch zur Kostentragung verpflichtet werden.

§ 62 6. Dauer der Untersuchungshaft

¹ Die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft ist vor Ablauf von jeweils einem Monat von der Verhörriechterin oder dem Verhörriechter dem Kantonsgerichtspräsidium zu beantragen.

² Die Untersuchungshaft ist aufzuheben, wenn kein Haftgrund mehr vorhanden ist. Ein Haftentlassungsgesuch der verhafteten Person ist der Verhörriechterin oder dem Verhörriechter zur umgehenden Stellungnahme zu unterbreiten; das Kantonsgerichtspräsidium entscheidet spätestens am dritten Tage nach erfolgter Stellungnahme der Verhörriechterin oder des Verhörriechters, sofern diese beziehungsweise dieser die verhaftete Person nicht sofort entlässt.

³ Die Dauer der Untersuchungshaft soll die zu erwartende Dauer der Freiheitsstrafe oder Massnahme nicht übersteigen.

§ 63 Vorzeitiger Straf- und Massnahmenvollzug

¹ Die Verfahrensleitung kann der beschuldigten Person bewilligen, Freiheitsstrafen oder freiheitsentziehende Massnahmen vorzeitig anzutreten, sofern der Stand des Verfahrens es erlaubt und der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist.

²Für die Durchführung ist die Strafvollzugsbehörde zuständig.

§ 68 Beschlagnahme

1. Voraussetzung

¹Gegenstände und Vermögenswerte, die als Beweismittel von Bedeutung sein können, oder die sich jemand durch strafbare Handlung oder aus Erlös hieraus angeeignet hat oder die sonst nach kantonalem oder eidgenössischem Recht für eine Einziehung in Betracht kommen, können herausverlangt, bei unberechtigter Weigerung weggenommen, mit Beschlag belegt, verwahrt oder in anderer Weise der Verfügung entzogen werden; Ausweisschriften können beschlagnahmt werden, um die Flucht der beschuldigten Person zu erschweren.

²Die Beschlagnahme von Vermögenswerten kann verfügt werden, soweit dies zur Sicherung der künftigen Vollstreckung eines Strafurteils notwendig erscheint, namentlich zur Deckung der Prozess- und Vollzugskosten sowie von Geldstrafen und Bussen.

³Gegenstände, die ein Amts- oder Berufsgeheimnis enthalten, über das gemäss § 86 Ziff. 2 und 3 die Auskunft verweigern werden kann, dürfen zu Beweis Zwecken nicht beschlagnahmt werden.

⁴Die Zuständigkeit zur Anordnung der Beschlagnahme richtet sich nach § 58 Ziff. 1 und 2.

§ 70a 3a. Veräusserung

Gegenstände und Vermögenswerte, die einer schnellen Wertverminderung unterliegen oder einen kostspieligen Unterhalt erfordern, sowie Wertpapiere oder andere Werte mit einem Börsen- oder Marktpreis können nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)⁹ sofort verwertet werden. Der Erlös wird mit Beschlag belegt.

§ 70b 3b. Vernichtung, andere Massnahmen

¹Das Kantonsgerichtspräsidium kann auf Antrag der Verhörriechterin oder des Verhörriechters und nach Anhörung der betroffenen Person die Vernichtung von beschlagnahmten Gegenständen oder andere geeignete Massnahmen verfügen, wenn damit keine Beeinträchtigung des Verfahrens verbunden ist und:

1. von vornherein feststeht, dass keine gesetzeskonforme oder wirtschaftlich sinnvolle Verwertung möglich ist, oder

2. von den Gegenständen Gefahr für die Öffentlichkeit ausgeht, der nicht auf andere Weise begegnet werden kann.

²Die Beschwerdefrist gegen den Entscheid des Kantonsgerichtspräsidiums beträgt 10 Tage.

§ 83a Begutachtung

Bestehen Zweifel an der Urteilsfähigkeit einer Zeugin oder eines Zeugen oder einer Auskunftsperson oder liegen Anhaltspunkte für psychische Störungen oder eine fehlende Glaubhaftigkeit der Aussagen vor, kann eine ambulante Begutachtung dieser Person oder eine aussagenpsychologische Prüfung ihrer Aussagen durch eine sachverständige Person angeordnet werden, wenn die Bedeutung des Strafverfahrens und der Aussagen dies rechtfertigt.

§ 89 Auskunftsperson

¹Als Auskunftsperson wird einvernommen, wer:

1. als Straf- oder Zivilklägerin beziehungsweise als Straf- oder Zivilkläger am Verfahren beteiligt ist;
2. wegen eingeschränkter Urteilsfähigkeit nicht in der Lage ist, die Tragweite einer Zeugenaussage vollständig zu erfassen, namentlich, wer zur Zeit der Einvernahme unter 14 Jahre alt ist;
3. ohne selber beschuldigt zu sein, als Täterin oder Täter, als Teilnehmerin oder Teilnehmer der abzuklärenden Straftat oder einer anderen damit zusammenhängenden Straftat nicht ausgeschlossen werden kann;
4. als mitbeschuldigte Person zu einer ihr nicht selber zur Last gelegten Straftat zu befragen ist;
5. in einem anderen Verfahren wegen einer Tat, die mit der abzuklärenden Straftat in Zusammenhang steht, beschuldigt ist;
6. in einem gegen ein Unternehmen gerichteten Strafverfahren als Vertreterin oder Vertreter des Unternehmens bezeichnet worden ist oder bezeichnet werden könnte, sowie ihre oder seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

²Die Auskunftsperson ist zum Erscheinen verpflichtet. Zu Beginn der Einvernahme ist sie über das Recht zur Aussageverweigerung und die Bedeutung ihrer Aussage zu belehren sowie zur Wahrheit zu ermahnen.

³Im Übrigen sind die Bestimmungen über die Einvernahme von ange-schuldigten Personen anwendbar.

§ 94a Antragspflicht

Ist eine Geldstrafe weder bezahlt worden noch auf dem Betreuungsweg einbringlich, beantragt die verfügende Verwaltungsbehörde beim Verhörramt die Umwandlung der Geldstrafe in eine Ersatzfreiheitsstrafe.

**§ 104 Abs. 4 Stellung der angeschuldigten Person
1. Einvernahme im Allgemeinen**

¹ Die angeschuldigte Person ist von der zuständigen Person gemäss § 4 persönlich einzuvernehmen; die Verteidigerin oder der Verteidiger kann im Rahmen von § 102 bei der Einvernahme der angeschuldigten Person anwesend sein.

² Zu Beginn der ersten Einvernahme ist die angeschuldigte Person auf Folgendes aufmerksam zu machen:

1. ihre Aussagen können als Beweismittel dienen;
2. sie ist berechtigt, die Aussage zu verweigern;
3. sie ist berechtigt, eine Verteidigerin oder einen Verteidiger beizuziehen.

³ Bei der ersten Einvernahme sind die genauen Personalien der angeschuldigten Person festzuhalten; sie ist in bedeutenden Fällen über den Lebenslauf, ihre persönlichen und familiären Verhältnisse sowie über allfällige Vorstrafen zu befragen. Überdies kann von ihr ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf verlangt werden, welcher nötigenfalls durch weitere Befragungen und Erhebungen, wie die Einholung eines Vorstrafen- und eines polizeilichen Führungsberichtes, zu ergänzen ist.

⁴ Lautet ein Strafbefehl auf Geldstrafe oder Busse allein oder in Verbindung mit einer Massnahme nach Art. 69-71 und 73 StGB³ oder einer Nebenstrafe, kann er gestützt auf die polizeiliche Befragung und die Akten erlassen werden, wenn diese als genügend erscheinen.

§ 117 Inhalt des Strafbefehls

¹ Der Strafbefehl hat zu enthalten:

1. die nötigen Personalangaben über die angeschuldigte und die klagende Person;
2. die Anträge der klagenden Person;
3. die strafbaren Handlungen;
4. die angewendeten Gesetzesbestimmungen;
5. die Strafen, Nebenstrafen und Massnahmen;
6. die Vormerknahme anerkannter Zivilforderungen oder eines Klagerückzuges oder den Verweis einer bestrittenen Forderung auf den Zivilweg;
7. die Belehrung über das Erfordernis der schriftlichen Annahme des Strafbefehls durch die angeschuldigte Person beziehungsweise über das Recht zur schriftlichen Einsprache;
8. die Regelung der Prozesskosten;

9. die Rechtsmittelbelehrung für die Verfahrensbeteiligten;
10. das Datum und die Unterschrift der Verhörerin oder des Verhörers;
11. den Zustellungsvermerk und das Versanddatum.

² Der Strafbefehl ist unter Vorbehalt anderslautender Bestimmungen des Bundesrechts nicht zu begründen.

³ Die Bedeutung und Folgen einer bedingten oder teilweise bedingten Strafe sind der angeschuldigten Person schriftlich im Strafbefehl zu erklären.

§ 119 Wirkung des Strafbefehls 1. bei Geldstrafe und Busse

¹ Die angeschuldigte Person kann binnen 20 Tagen seit der Zustellung beim Verhöramt schriftlich Einsprache erheben, wenn der Strafbefehl auf eine Geldstrafe oder eine Busse allein oder in Verbindung mit einer Massnahme nach Art. 66 und 67b–73 StGB³ oder einer Nebenstrafe lautet.

² Erhebt die angeschuldigte Person keine Einsprache, wird der Strafbefehl mit dem Versanddatum rechtskräftig, wenn keine andere verfahrensbeteiligte Person beim Verhöramt binnen 20 Tagen seit der Zustellung Einsprache erhebt.

§ 120 2. in den übrigen Fällen

¹ In den übrigen Fällen kann die angeschuldigte Person den Strafbefehl binnen 20 Tagen seit der Zustellung mit schriftlicher Erklärung an das Verhöramt annehmen.

² Die angeschuldigte Person kann einen anlässlich der mündlichen Eröffnung angenommenen Strafbefehl binnen 20 Tagen ohne Rechtsnachteil widerrufen.

³ Nimmt die angeschuldigte Person den Strafbefehl an, wird dieser mit dem Versanddatum rechtskräftig, wenn keine andere verfahrensbeteiligte Person beim Verhöramt binnen 20 Tagen seit der Zustellung Einsprache erhebt.

§ 135 Abs. 1 3. Eröffnung der Verhandlung

¹ Zu Beginn der Verhandlung stellt die oder der Vorsitzende die Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten und weiterer vorgeladener Personen fest; allfällige Zeuginnen oder Zeugen sowie Auskunftspersonen mit Ausnahme der Zivil- und Strafklägerinnen oder –kläger im Sinne von

§ 89 Abs. 1 Ziff. 1 dürfen bis zur Einvernahme den Verhandlungen nicht beiwohnen und haben sich den Weisungen der oder des Vorsitzenden zu unterziehen.

² Das Verlesen der Antragschrift unterbleibt, wenn die Verfahrensbeteiligten darauf verzichten.

§ 142 3. Eröffnung

¹ Das Urteil wird den Verfahrensbeteiligten im Anschluss an die Hauptverhandlung mündlich eröffnet; findet eine mündliche Eröffnung ausnahmsweise nicht statt, hat das Gericht die Öffentlichkeit in angemessener Form über das Urteil zu orientieren, soweit dies im Interesse der angeklagten Person oder der Öffentlichkeit liegt.

² Die Bedeutung und Folgen einer bedingten oder teilweise bedingten Strafe sind der angeklagten Person ~~im schriftlichen Urteil~~ zu erklären.

§ 144 Abs. 1 Zustellung 1. Urteilsdispositiv

¹ Den Verfahrensbeteiligten wird umgehend das Urteilsdispositiv zugestellt, welches unter Vorbehalt anderslautender Bestimmungen des Bundesrechts nicht zu begründen ist.

² Hat nicht bereits ein Verfahrensbeteiligter die vollständige Ausfertigung des Entscheides verlangt, sind die Verfahrensbeteiligten unter dem Hinweis auf § 147 Ziff. 3 darauf aufmerksam zu machen, dass sie binnen zehn Tagen seit der Zustellung des Urteilsdispositivs eine vollständige Ausfertigung des Entscheides verlangen können.

³ Mit der Zustellung des Urteilsdispositivs beginnen die Rechtsmittelfristen noch nicht zu laufen.

§ 146 Ziff. 1,2, 7 und 9 Inhalt des Urteils

¹ Das Urteil hat zu enthalten:

1. die Bezeichnung des Gerichts, die Namen der mitwirkenden Richterinnen und Richter sowie der Gerichtsschreiberin oder des Gerichtsschreibers;
2. die Bezeichnung der Verfahrensbeteiligten und ihrer Rechtsvertretung;
3. die Darstellung des Sachverhalts;
4. die Anträge der Verfahrensbeteiligten;
5. im wesentlichen die Wiedergabe des Ablaufs der Verhandlung;
6. die Entscheidungsgründe;
7. den Urteilsspruch:
 - a) Freispruch, Schuldspruch oder Einstellung des Verfahrens;
 - b) die angewendeten Gesetzesbestimmungen;

- c) die Strafen, Nebenstrafen und Massnahmen;
- d) die Regelung der Prozesskosten;
- e) den Entscheid über allfällige Zivilforderungen;
- f) die Erklärung der Bedeutung und Folgen einer allfällig bedingten oder teilweise bedingten Strafe.
- 8. den Hinweis auf die ordentlichen kantonalen Rechtsmittel;
- 9. das Datum und die Unterschrift des Präsidiums und der Gerichtsschreiberin oder des Gerichtsschreibers;
- 10. den Zustellungsvermerk und das Versanddatum.

§ 151 Haftentlassung und andere Massnahmen

¹ Wird die angeklagte Person, die sich in Haft befindet, freigesprochen, ist sie freizulassen, wenn nicht besondere Gründe, wie Sicherheit oder Geisteskrankheit entgegenstehen.

² Wird die angeklagte Person verurteilt, entscheidet das Gericht, ob sie freizulassen sei oder in Haft bleiben soll.

³ Das Gericht erkennt auch über Zwangsmassnahmen, die im Zeitpunkt der Urteilsfällung noch bestehen.

⁴ Das Gericht kann gestützt auf Art. 63 Abs. 3 StGB³ vorübergehend eine stationäre Behandlung anordnen.

§ 152 Abs. 1 Verbot der Schlechterstellung

¹ Die Appellationsinstanz darf keine schärfere Strafe aussprechen als die Vorinstanz, wenn nur die angeklagte Person oder zu deren Gunsten die Staatsanwältin oder der Staatsanwalt appelliert hat; die Anordnung von Massnahmen mit Ausnahme der Verwahrung gilt nicht als schärfere Bestrafung.

² Absatz 1 ist nicht anwendbar, wenn die Vervollständigung der Untersuchung neue, erschwerende Umstände ergeben hat.

§ 168 Legitimation

¹ Die Wiederaufnahme kann verlangt werden:

1. von der verurteilten Person oder deren gesetzlichen Vertretung;
2. von der Staatsanwältin oder dem Staatsanwalt, der Jugendanwältin oder dem Jugendanwalt;
3. von der Strafklägerin oder dem Strafkläger.

² Zu Gunsten der verurteilten Person können nach deren Tod die Ehegattin oder der Ehegatte, die Verwandten und Verschwägerten in

gerader Linie oder bis zum zweiten Grad in der Seitenlinie um die Wiederaufnahme nachsuchen.

§ 169 Abs. 2 Form und Wirkung

¹ Das Wiederaufnahmegesuch ist mit schriftlicher Begründung und unter genauer Angabe der dafür geltend gemachten Tatsachen und Beweismittel dem Gericht einzureichen, welches das frühere Verfahren rechtskräftig erledigt hat; das Wiederaufnahmegesuch eines durch Strafbefehl oder Einstellungsverfügung rechtskräftig erledigten Verfahrens ist bei der Kleinen Kammer des Kantonsgerichts einzureichen.

² Das Gesuch hemmt den Vollzug des Urteils oder des Strafbefehls nur, wenn es die oder der zuständige Gerichtsvorsitzende anordnet; diese oder dieser kann nach Anhören der Staatsanwältin oder des Staatsanwalts beziehungsweise der Jugendanwältin oder des Jugendanwalts vorsorgliche Massnahmen, insbesondere die vorläufige Freilassung oder Verhaftung verfügen und hat der Vollzugsbehörde entsprechende Mitteilung zu machen.

§ 171 Abs. 1 2. neue Beurteilung

¹ Wird die Wiederaufnahme bewilligt, fällt das Gericht nach der erforderlichen Ergänzung der Untersuchung und des gerichtlichen Verfahrens ein neues Urteil, das auf Bestätigung, Abänderung oder Aufhebung des früheren Urteils lautet; bei einem durch Strafbefehl oder Einstellungsverfügung rechtskräftig erledigten Verfahren weist das Gericht die Sache zur Neuurteilung an das Verhöramt oder die Jugendanwaltschaft zurück.

² Gegen den Entscheid auf Ablehnung der Wiederaufnahme steht den Verfahrensbeteiligten das Beschwerderecht zu.

³ Gegen das neue Urteil stehen den Verfahrensbeteiligten die gesetzlich vorgesehenen Rechtsmittel zu.

§ 174 Grundsatz

Der Vollzug von Strafen und von Massnahmen richtet sich nach dem Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (Strafvollzugsgesetz, StVG)¹⁰.

§ 175 Meldung der Entscheide

¹ Rechtskräftige Strafbefehle und Strafurteile sind unter Vorbehalt der eidgenössischen Verordnung über die Mitteilung kantonaler Strafentscheide (Mitteilungsverordnung)¹¹ binnen 10 Tagen nach Eintritt der Rechtskraft zu melden:

1. der Gerichtskasse, wenn sie:
 - a) auf eine unbedingte oder teilbedingte Geldstrafe oder auf eine Busse lauten;
 - b) einer am Verfahren beteiligten Person Kosten auferlegen.
2. der Strafvollzugsbehörde zusammen mit dem Strafregisterauszug beim Vollzug:
 - a) einer unbedingten oder teilbedingten Freiheitsstrafe;
 - b) unbedingter oder teilbedingter gemeinnütziger Arbeit;
 - c) einer Massnahme;
 - d) der Bewährungshilfe;
 - e) einer Weisung.
3. der zuständigen Verwaltungsbehörde beim Vollzug von Nebenstrafen;
4. der kantonalen Koordinationsstelle nach der Gesetzgebung über das automatisierte Strafregister^{3,12,13}.

²Der Strafvollzugsbehörde sind der Strafregisterauszug und auf deren Verlangen die Strafakten zuzustellen.

§ 176 Richterliche Entscheide

1. Zuständigkeit

¹Für Entscheide und Anordnungen nach der Urteilsfällung, welche das Bundesrecht der Richterin oder dem Richter überträgt, ist jenes Gericht zuständig, welches das rechtskräftig gewordene Urteil ausgefällt hat.

²Das Gerichtspräsidium entscheidet selbstständig über:

1. die Verlängerung der Zahlungsfrist, die Herabsetzung des Tagesatzes oder der Busse oder die Anordnung von gemeinnütziger Arbeit (Art. 36 Abs. 3 und Art 103 Abs. 5 StGB³);
2. die Umwandlung der gemeinnützigen Arbeit in eine Geld- oder Freiheitsstrafe (Art. 39 StGB);
3. die Verlängerung der Probezeit bei bedingter Entlassung (Art. 62 Abs. 4 StGB);
4. die Anordnung der Bussenvollstreckung (Art. 107 StGB);
5. die Verlängerung der ambulanten Massnahmen (Art. 63 Abs. 4 StGB) und die Anrechnung eines allfälligen mit der ambulanten Behandlung verbundenen Freiheitsentzuges auf den Vollzug der Freiheitsstrafe (Art. 63b Abs. 4 StGB);
6. die Verlängerung der Probezeit, die Aufhebung oder Anordnung der Bewährungshilfe oder die Änderung, Aufhebung oder Erteilung von Weisungen bei bedingt aufgeschobenen Strafen (Art. 95 Abs. 4 StGB).

³Für Entscheide und Anordnungen gemäss Abs. 1 ist die Verhörerin oder der Verhörer zuständig, wenn ein Strafbefehl in Rechtskraft erwachsen ist.

⁴Die Zuständigkeit einer anderen Richterin beziehungsweise eines andern Richters gemäss den Bestimmungen des Bundesrechts bleibt vorbehalten.

§ 177 2. Verfahren

¹Die nachträglichen richterlichen Entscheide werden von Amtes wegen oder, wenn das Schweizerische Strafgesetzbuch³ einen Antrag der verurteilten Person oder einer Behörde voraussetzt, auf schriftliches und begründetes Gesuch nach den nötigen Erhebungen getroffen; die Kosten werden in der Regel der verurteilten Person auferlegt.

²Bei Verfügungen der Verhörerin oder des Verhörers ist sinngemäss das Strafbefehlsverfahren anwendbar.

³Die zuständige Instanz gibt den betroffenen Personen und Behörden Gelegenheit, sich zum vorgesehenen Entscheid zu äussern und Anträge zu stellen.

⁴Das Gericht entscheidet gestützt auf die Akten; es kann auch eine Verhandlung anordnen.

§ 178 *Aufgehoben*

§ 179 Begnadigung

¹Der Landrat ist zuständig für die Ausübung des Begnadigungsrechts im Rahmen der Art. 381ff. StGB³ und Art. 61 Ziff. 11 der Kantonsverfassung.

²Das Begnadigungsgesuch hemmt den Vollzug des rechtskräftigen Urteils nicht; die Vollzugsbehörde kann aus wichtigen Gründen den Vollzug aufschieben.

³Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach der Landratsgesetzgebung¹⁴.

§ 180 Geltungsbereich und Zuständigkeit

¹Soweit das Verfahren gegen Jugendliche nachfolgend nicht besonders geregelt ist, finden die Bestimmungen für das Verfahren gegen Erwachsene sinngemäss Anwendung.

²Für die Zuständigkeit und das Verfahren beim Übertritt der Täterin oder des Täters in eine andere Altersstufe gelten die Bestimmungen des Bundesrechts.

³Die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt übt im Untersuchungsverfahren jene Befugnisse aus, welche im Verfahren gegen Erwachsene der Verhörerin oder dem Verhörer und der Staatsanwältin oder dem Staatsanwalt zustehen; vorbehalten bleiben die Befugnisse der Staatsanwältin oder des Staatsanwalts gemäss den Paragrafen 97 Abs. 3, 108, 111 Abs. 3, 119 Abs. 2, 120 Abs. 3, 163 und 166.

⁴Die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt ist zuständig zum Erlass eines Strafbefehls gemäss Art. 23 des Gerichtsgesetzes¹⁵.

⁵Die Zuständigkeit des Jugendgerichts und der Kleinen Kammer des Obergerichts richtet sich nach den Art. 24 und Art. 25 des Gerichtsgesetzes.

§ 181 Erziehung und Fürsorge

¹Der Zweck des Jugendstrafverfahrens ist vor allem Erziehung und Fürsorge; das Verfahren, besonders aber die Befragungen und andere Untersuchungshandlungen sowie die Strafen und Massnahmen haben sich, nach gründlicher Prüfung der gesamten Lebenssituation, diesem Zweck anzupassen.

²Der oder dem beschuldigten Jugendlichen ist der Unrechtsgehalt ihres beziehungsweise seines Verhaltens verständlich zu machen.

³Bedürfen Jugendliche einer erzieherischen oder fürsorgerischen Massnahme, welche ihnen im Jugendstrafverfahren nicht gewährt werden kann, werden die Organe der Jugendfürsorge benachrichtigt, allenfalls unter Überweisung der Akten. Im Übrigen gelten die Bestimmungen von Art. 20 JStG⁴.

§ 182 Getrenntes Verfahren

¹Strafsachen gegen Jugendliche sind vom Verfahren gegen Erwachsene zu trennen.

²Sofern es im Interesse einer raschen und zuverlässigen Ermittlung des Sachverhaltes geboten ist, haben die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt und die Verhörerin oder der Verhörer die Untersuchung gemeinsam durchzuführen.

§ 183 Abs. 2 Sorgfalt, Rücksichtspflicht und Beschleunigung

¹ Alle für die Beurteilung massgebenden persönlichen Verhältnisse sind mit Sorgfalt abzuklären.

² Der Anspruch eines Verfahrensbeteiligten auf Akteneinsicht und Teilnahme an Verhandlungen wird soweit eingeschränkt, als überwiegende, schutzwürdige Interessen der Jugendlichen sowie ihrer Angehörigen es erfordern; bei Gewährung der Akteneinsicht und Bewilligung zur Teilnahme an Einvernahmen und Gerichtsverhandlungen können die Beteiligten zur Verschwiegenheit gegenüber der beschuldigten Person und ihrer Eltern verpflichtet werden, wenn die Interessen der Jugendlichen es dringend erfordern oder Auskunftspersonen nicht anders vor schwerwiegenden Nachteilen bewahrt werden können.

³ Das Verfahren ist mit möglichster Beschleunigung und in Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit durchzuführen.

§ 184 Vorladung

Für die Vorladung von Jugendlichen finden die Paragraphen 36ff. Anwendung.

§ 187 Verfahrensrechte

¹ Urteilsfähige Jugendliche sind als Verfahrensbeteiligte zur selbstständigen Ausübung der Rechte im Verfahren befugt.

² Die gesetzliche Vertretung der Jugendlichen ist in der Regel umgehend über die Einleitung eines Strafverfahrens zu informieren.

³ Die Untersuchungsorgane teilen der gesetzlichen Vertretung der Jugendlichen und gegebenenfalls der zuständigen Vormundschafts- und Fürsorgebehörde die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung, die Anordnung und die Ergebnisse einer Begutachtung oder einer Beobachtung mit.

⁴ Die Rechte Geschädigter bleiben auf die Abklärung des allfälligen Schadens beschränkt.

§ 188 Verteidigung

Soweit Art. 40 JStG⁴ keine abweichenden Bestimmungen enthält, finden die Bestimmungen der Paragraphen 30ff. Anwendung.

§ 189 Vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen und Anordnung der Beobachtung

¹ Die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt kann während der Dauer des Strafverfahrens gegenüber Jugendlichen, wenn es ihr Wohl erfordert, Schutzmassnahmen nach den Art. 12–15 JStG⁴ oder eine Beobachtung nach Art. 9 JStG anordnen.

² Die gesetzliche Vertreterin oder der gesetzliche Vertreter ist, soweit möglich, vor der Anordnung anzuhören; die Vormundschaftsbehörde sowie allenfalls die Fürsorgebehörde sind zu benachrichtigen.

³ Soll eine Anordnung gemäss Art. 15 JStG länger als zwei Monate dauern, hat die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt rechtzeitig die Bewilligung des Jugendgerichtspräsidiums einzuholen.

§ 189a Untersuchungs- und Sicherheitshaft

¹ Untersuchungs- und Sicherheitshaft werden nur in Ausnahmefällen und erst nach Prüfung sämtlicher Möglichkeiten von Ersatzmassnahmen angeordnet.

² Jugendliche sind in der Regel nicht durch uniformierte Polizistinnen oder Polizisten vorzuführen.

³ Die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft ist vor Ablauf von jeweils 14 Tagen von der Jugendanwältin oder vom Jugendanwalt dem Jugendgerichtspräsidium zu beantragen.

1. Vorverfahren bei Strassenverkehrsübertretungen, die durch Jugendliche unter 15 Jahren begangen werden**§ 191 Grundsatz**

¹ Begehen Jugendliche unter 15 Jahren Übertretungen von Strassenverkehrsvorschriften, die bei Jugendlichen über 15 Jahren im Ordnungsbussenverfahren geahndet werden können, kann die Polizei:

1. von der Verzeigung bei der Jugendanwältin oder dem Jugendanwalt absehen und die Jugendliche oder den Jugendlichen auf die Verkehrsübertretung aufmerksam machen; oder
2. von der Verzeigung bei der Jugendanwältin oder beim Jugendanwalt absehen unter der Voraussetzung, dass die oder der Jugendliche an einem bestimmten Tag freiwillig den Verkehrsunterricht besucht.

² Folgt die oder der Jugendliche der Einladung zum Verkehrsunterricht nicht, gibt die Polizei der Jugendanwältin oder dem Jugendanwalt von der Übertretung Kenntnis.

§ 192 Strafanzeige

Strafanzeigen gegen Jugendliche sind bei der Jugendanwältin oder dem Jugendanwalt oder der Polizei einzureichen; die Polizei hat solche Anzeigen unverzüglich an die Jugendanwältin oder den Jugendanwalt weiterzuleiten.

§ 193 Einvernahme

¹ Zur polizeilichen Befragung und zur Einvernahme können Angehörige, Lehrpersonen sowie Sozialdienststellen beigezogen werden.

² Lautet ein Strafbefehl auf Verweis, persönliche Leistung von höchstens drei Tagen, Busse oder Geldstrafe allein oder in Verbindung mit einer Massnahme nach Art. 69-71 und 73 StGB³ oder einer Nebenstrafe, kann er gestützt auf die polizeiliche Befragung und die Akten erlassen werden, wenn diese als genügend erscheinen.

§ 194 Erkennungsdienstliche Behandlung

¹ Soweit es zur Abklärung von Straftaten notwendig erscheint, können beschuldigte Jugendliche durch die Polizei erkennungsdienstlich behandelt werden.

² Die Polizei hat vorgängig das Einverständnis der Jugendanwältin oder des Jugendanwalts einzuholen.

§ 194a Vergleich

¹ Die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt und das Gericht können versuchen, zwischen der geschädigten Person und der oder dem beschuldigten Jugendlichen einen Vergleich zu erreichen, insbesondere bei Antragsdelikten und wenn eine Strafbefreiung wegen Wiedergutmachung nach Art. 35 StGB³ in Frage kommt.

² Kommt ein Vergleich zustande oder bleibt die antragstellende Person der Vergleichsverhandlung fern, so wird das Verfahren eingestellt.

§ 195 Abschluss der Untersuchung, Mediationsverfahren

¹ Die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt schliesst die Untersuchung mit einer Einstellungsverfügung oder mit der Überweisung der

Antragsschrift an das Jugendgericht ab; vorbehalten bleiben das Strafbefehlsverfahren gemäss § 196, das Vergleichsverfahren gemäss § 194a oder das Mediationsverfahren gemäss Art. 8 JStG⁴.

² Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug des Mediationsverfahrens erforderlichen Bestimmungen und regelt in einer Vollzugsverordnung insbesondere die Qualifikationen und Eigenschaften von Mediatorinnen und Mediatoren sowie das Mediationsverfahren.

³ Er kann im Rahmen von Abs. 2 mit anderen Kantonen Vereinbarungen abschliessen.

§ 196 Strafbefehl

¹ Die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt erlässt im Rahmen von Art. 23 des Gerichtsgesetzes¹⁵ einen Strafbefehl, wenn sie oder er auf Grund der Untersuchungsergebnisse eine strafbare Handlung für erwiesen erachtet.

² Lautet der Strafbefehl auf Verweis, persönliche Leistung oder Busse, kann die oder der beschuldigte Jugendliche, soweit sie oder er urteilsfähig ist, oder die gesetzliche Vertreterin oder der gesetzliche Vertreter binnen 20 Tagen nach erfolgter Zustellung bei der Jugendanwaltschaft schriftlich Einsprache erheben.

³ Lautet der Strafbefehl auf eine andere Strafe oder eine Schutzmassnahme, gilt sinngemäss § 120, wobei die schriftliche Annahmeerklärung enthalten muss:

1. die Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters;
2. die Unterschrift der oder des beschuldigten Jugendlichen.

⁴ Ist die gesetzliche Vertreterin oder der gesetzliche Vertreter nicht erreichbar, wird sie oder er im Amtsblatt zur Abgabe einer Stellungnahme innert 20 Tagen aufgefordert. Reicht sie oder er innert dieser Frist keine Stellungnahme ein, gilt dies als Annahmeerklärung.

⁵ Für das Verfahren sind die Paragraphen 117ff. sinngemäss anwendbar; bei Verbrechen oder schweren Vergehen hat in der Regel eine mündliche Eröffnung des Strafbefehls zu erfolgen.

§ 197 Gerichtsverfahren

¹ Im Appellationsverfahren vor der Kleinen Kammer des Obergerichts können Jugendliche von der Teilnahme an den Verhandlungen ausgeschlossen werden, wenn dies in ihrem Interesse ist.

²Die Mitteilung der Entscheide an die Geschädigten und gegebenenfalls die Vormundschaftsbehörde sowie an die zahlungspflichtigen Gemeinwesen erfolgt im Dispositiv; auf Verlangen erhalten sie die Begründung, die Geschädigten jedoch nur, soweit dies für die Abklärung ihrer zivilrechtlichen Ansprüche nötig ist.

§ 199 2. Verfahren

¹Die nachträglichen richterlichen Entscheide werden von Amtes wegen oder, wenn das Jugendstrafgesetz⁴ einen Antrag der verurteilten Person oder einer Behörde voraussetzt, auf schriftliches und begründetes Gesuch nach den nötigen Erhebungen getroffen; die Kosten werden in der Regel der verurteilten Person auferlegt.

²Bei Verfügungen der Jugendanwältin oder des Jugendanwalts ist sinngemäss das Strafbefehlsverfahren anwendbar.

³Die zuständige Instanz gibt den betroffenen Personen und Behörden Gelegenheit, sich zum vorgesehenen Entscheid zu äussern und Anträge zu stellen.

⁴Das Gericht entscheidet gestützt auf die Akten; es kann auch eine Verhandlung anordnen.

§ 200 Grundsatz

Der Vollzug von Strafen und Massnahmen gegenüber Jugendlichen richtet sich nach dem Jugendstrafgesetz (JStG)⁴ und dem Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (Strafvollzugsgesetz, StVG)¹⁰.

§ 201 Friedensbürgschaft

Die in Art. 66 StGB³ vorgesehenen Massnahmen der Friedensbürgschaft kann die Verhörerin oder der Verhörer sowie jedes Gericht, das ein Verbrechen oder Vergehen beurteilt, auf Antrag einer bedrohten Person anordnen.

§ 203 *Aufgehoben*

II.

¹Diese Änderung untersteht dem fakultativen Referendum.

²Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Stans,

LANDRAT NIDWALDEN

Landratspräsident

Landratssekretär

Datum der Veröffentlichung:

Letzter Tag für die Hinterlegung eines Gegenvorschlages:

Letzter Tag der Referendumsfrist:

¹ A 2006, ...² NG 263.1³ SR 311.0⁴ SR⁵ SR 312.5⁶ NG 262.1⁷ NG 761.1⁸ SR 210⁹ SR 281.1¹⁰ NG 273.3¹¹ SR 312.3¹² SR 331¹³ NG 263.11¹⁴ NG 151.1¹⁵ NG 261.1